



18. August 2014

Positionspapier der *FDP.Die Liberalen Baselland*

Wirtschaftspolitik

www.fdp.ch

Grundsätze der Wirtschaftspolitik – Wirtschaftliches Wachstum dank optimaler Rahmenbedingungen

Die Grundvoraussetzung für wirtschaftliches Wachstum und somit für mehr Wohlstand sind optimale Rahmenbedingungen für Unternehmen und Bevölkerung. Um im interkantonalen Steuerwettbewerb attraktiv zu sein, muss die Steuerpolitik im Kanton Basel-Landschaft investitions- und innovationsfreundlich ausgestaltet sein. Ausserdem muss ein gezielter Infrastrukturausbau vorangetrieben werden – dies gilt sowohl für die Arealentwicklung als auch für die Verkehrsinfrastruktur. Das Bildungssystem muss laufend verbessert und an die Erfordernisse der Praxis angepasst werden. Spitzenuniversitäten und die duale Berufsbildung mit den Fachhochschulen sollen sich optimal ergänzen. Die FDP. Die Liberalen Baselland will optimale Rahmenbedingungen schaffen, um das Wirtschaftswachstum voranzutreiben.

Für die FDP hängt der wirtschaftliche Wohlstand massgeblich von einer liberal geprägten Ordnungspolitik ab. Eine Vielzahl kleiner, mittlerer und grosser Unternehmen schafft Arbeitsplätze und bildet unsere Jugendlichen aus. Die kleinen und mittelständischen Unternehmen (KMU) sind das Rückgrat der Baselbieter und der Schweizer Wirtschaft. Mehr als 99 Prozent der Firmen in der Schweiz sind KMU, die rund 70 Prozent aller erwerbstätigen Personen beschäftigen.

Leistung muss sich lohnen: das gilt für die Unternehmen, aber auch für die Arbeitnehmenden. Vom Lohn muss möglichst viel in die Tasche der Arbeitgeber und Angestellten fließen. Das trägt massgeblich zum Konsum in der Region bei – und damit zur Belebung der Wirtschaft, auch im Kanton Basel-Landschaft. Steuern und Abgaben sind darum tief zu halten. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss verbessert werden, da die Teilnahme von Frauen am Arbeitsmarkt eine ökonomische Notwendigkeit darstellt. Deshalb setzt sich die FDP für die Schaffung von Betreuungsplätzen für Kinder im Vorschul- und Schulalter ein. Dabei gilt: solche Lösungen müssen unter Respektierung der Gemeindeautonomie subjektbezogen, unbürokratisch und bezahlbar sein.

Der Staat soll sich bei seiner Tätigkeit im Rahmen der Strukturpolitik auf das Wesentliche beschränken. Privatinitiative ist staatlicher Intervention vorzuziehen, das gilt auch auf kantonaler Ebene. Wo es allerdings zu Marktversagen kommt, steht die FDP dafür ein, dass der Staat regulierend eingreift.

Da insbesondere die KMU als Motor der Wirtschaft im Kanton Basel-Landschaft wirken, hat der Staat dafür zu sorgen, dass für sämtliche Bereiche der Wirtschaft – und insbesondere für die KMU – optimale Rahmenbedingungen bestehen. Dazu zählen

- › steuerlich attraktive Bedingungen für juristische und natürliche Personen im Kanton,
- › eine optimal ausgebaute Infrastruktur mit der entsprechenden Raumplanung (wirtschaftliche Entwicklungsgebiete),
- › der Zugang zu erstklassig ausgebildeten Mitarbeitenden und somit Fachkräften (FHNW, Uni, duale Bildung),
- › die damit zusammenhängende entsprechende Bildungspolitik, welche die Uni miteinbezieht und das Profil der Fachhochschulen als die Hochschulen des Gewerbes schärft,
- › eine subjektbezogene und unbürokratische familienergänzende Kinderbetreuung im Frühbereich zur Unterstützung der Vereinbarung von Familie und Beruf,
- › eine Wirtschaftsförderung, die zielgerichtet vor allem innovativen, zukunftssträchtigen Unternehmen und Vorhaben zugutekommt,
- › innovations- und investitionsfreundliche Rahmenbedingungen,
- › Markteingriffe nur dort, wo es explizit zu Marktversagen kommt.

Forderungen der FDP.Die Liberalen Baselland

Steuerlich attraktive Rahmenbedingungen

Der Kanton Basel-Landschaft muss für Unternehmen und Bevölkerung im interkantonalen Steuerwettbewerb attraktiv sein. Die Steuerpolitik muss investitions- und innovationsfreundlich ausgestaltet sein. Von Steuer- und Abgabenerhöhungen ist abzusehen (siehe dazu Positionspapier Steuerpolitik).

Gezielter Ausbau der Infrastruktur: Arealentwicklung und Verkehr

Die FDP setzt sich dafür ein, dass im Kanton ein stringentes übergeordnetes Raumplanungskonzept vorangetrieben wird. Gefordert ist die Kantonsregierung. Ziel muss es sein, im Baselbiet mehr wertschöpfungsintensive Unternehmen anzusiedeln. Dies gilt insbesondere für die wenigen grösseren Areale, die noch frei sind.

Wo nötig muss der Kanton bei der Arealentwicklung entsprechende Vorleistungen erbringen. Diesbezüglich ist das Baselbiet derzeit unterinvestiert. Trotz der angespannten finanziellen Situation darf der Kanton Basel-Landschaft nicht auf zukunftsgerichtete Investitionen verzichten. Denn diese sind Vorleistungen im Zusammenhang mit Unternehmensansiedlungen und führen damit künftig zu höheren Steuererträgen. Gefragt sind in der jetzigen Situation deshalb keine ideologisch motivierten Extrem-lösungen sondern pragmatische Ansätze zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Kantons.

Forderungen

- 1. Für investitionsbereite Unternehmen sind strategische Entwicklungsgebiete infrastrukturell mässig bereit zu stellen.**
- 2. Die strategisch wichtigsten Areale sind unter kantonalem oder lokalem Lead zu entwickeln, sollte dies aufgrund der Gegebenheiten nicht von alleine passieren.**
- 3. Die Verkehrsinfrastruktur ist substantiell auszubauen (siehe dazu Positionspapier Verkehr).**
- 4. Eine zielgerichtete, langfristige Investitionsplanung mit Fokus auf gewinnträchtige Investitionen ist voranzutreiben (siehe dazu auch Positionspapier Steuern und Finanzen).**
- 5. Es sind klare Business Cases mit Informationen über Kosten / Nutzen sowie über die quantitative und qualitative Rentabilität von Investitionen – wie beispielsweise effiziente Verkehrsnetze, weniger Stau und Stosszeiten etc. – zu erstellen.**

Erstklassige Ausbildung, Miteinbezug von Uni und Fachhochschulen

Wissen und gut ausgebildete Fachkräfte sind unsere wichtigsten Rohstoffe. Sie tragen massgeblich dazu bei, dass die Grundlagen für eine prosperierende Wirtschaft im Baselbiet gegeben sind. Die FDP setzt sich deshalb dafür ein, dass unser Bildungssystem laufend verbessert und an die Erfordernisse der Praxis angepasst wird. Spitzenuniversitäten und die duale Berufsbildung mit den Fachhochschulen schliessen sich nicht aus, sondern sollen sich optimal ergänzen.

Forderungen

- 6. Der Kanton Basel-Landschaft soll darauf hinwirken, dass sich sowohl Uni als auch Fachhochschule vermehrt an den Bedürfnissen der Wirtschaft orientieren.**
- 7. Der Kanton muss sicherstellen, dass die Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) als Hochschule der KMU-Wirtschaft ihr Profil schärft, sich deutlich von der Uni abgrenzt und praxisorientierte Absolventen hervorbringt.**
- 8. Die duale Bildung ist konsequent zu fördern und die Bürokratie in der Lehrlingsausbildung so gering wie möglich zu halten.**

Innovationsfreundliche Rahmenbedingungen

Im KMU-Kanton Basel-Landschaft sind weniger Unternehmensgründungen zu verzeichnen als im schweizerischen Schnitt. Insbesondere die Anzahl Neugründungen, die direkt aus den Bildungs- und Forschungsaktivitäten der Fachhochschule und der Universität hervorgehen, ist gering. Aber nicht nur Neugründungen sind wichtig für einen prosperierenden Wirtschaftsstandort sondern auch die Innovationen in Unternehmen spielen eine zentrale Rolle. Innovative Unternehmen sind meist erfolgreicher als nicht innovative Unternehmen und haben langfristig auch die besseren Perspektiven. Ziel muss es sein, die Massnahmen für den Forschungs- und Wirtschaftsstandort möglichst optimal auszugestalten und die kantonalen Finanzen im Innovationsbereich zielgerichtet und effizient einzusetzen.

Forderungen

- 9. Innovation soll sowohl an der Uni als auch an der FHNW neben der reinen Wissensvermittlung im Fokus der Aktivitäten stehen.**
- 10. Der Kanton muss eine klare Innovationsstrategie verfolgen.**
- 11. Die Unterstützung von Aktivitäten im Forschungs- und Innovationsbereich soll in die Gefässe der Wirtschaftsförderung integriert werden.**

Gleichlange Spiesse im Wettbewerb

Schwarzarbeit und Lohndumping sind Marktversagen, die insbesondere in Grenzkantonen vorkommen. Die FDP begrüsst ausdrücklich die Flankierenden Massnahmen (FlaM) auf Bundesebene im Zusammenhang mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen mit der EU, die Durchsetzung der FlaM auf kantonaler Ebene und die entsprechenden Kontrollen der Zentralen Paritätischen Kontrollstelle. Sie garantieren die in einer Grenzregion umso wichtigeren gleich langen Spiesse für die Baselbieter KMU und ihre ausländischen Konkurrenten und helfen, den sozialen Frieden, einen der wichtigen positiven Standortfaktoren, zu erhalten. Jedoch hapert es oft beim Vollzug in den Kantonen, weshalb die FDP begrüsst, dass die Gesetze im Kanton Basel-Landschaft im Jahr 2014 dahingehend angepasst wurden, dass die entsprechenden Kontrollabläufe klar definiert und geregelt sind. Es gilt nun, die Umsetzung zu beobachten.